

## Die USA haben die Wahl

Josef-Thomas Göller

### Eine entschiedene Wahl?

#### Hillary Clinton könnte die erste US-Präsidentin werden

*Möglicherweise wird Hillary Clinton am 4. November 2008 zur Nachfolgerin von George W. Bush gewählt. Darauf deuteten zu Beginn des Vorwahlkampfes in Amerika – obwohl mancher Vorsprung schmolz – eine ganze Reihe von Indizien hin. Die sechzigjährige New Yorker Senatorin der Demokraten wäre damit die erste Frau als Präsidentin im Weißen Haus – und konsequenterweise Bill Clinton der erste »First Gentleman« in der Geschichte der Vereinigten Staaten.*

Bis zur endgültigen Entscheidung müssen wohl noch einige »wahltechnische« und propagandistische Hürden genommen werden. Das amerikanische Wahlsystem weicht beträchtlich vom deutschen ab.

**Josef-Thomas Göller**

*(\*1958) war Korrespondent in den USA. Seit 2004 berichtet er als freier Journalist für amerikanische Medien.*

*jtgoeller@starpower.net*



Anders als hierzulande, wo Staatschefs so lange im Amt bleiben, bis sie dem Volk überdrüssig geworden sind, ist die Wahl des amerikanischen Präsidenten gemäß Zusatz 22 der amerikanischen Verfassung auf zwei Amtszeiten von insgesamt acht Jahren beschränkt. George W. Bush kann also nicht erneut zur Wahl antreten. Anders als bei seinen Vorgängern stellt sich auch sein Vizepräsident Dick Cheney nicht zur Wahl, so dass die Republikaner keinen Kandidaten aus ihrer Regierungsmannschaft ins Rennen schicken.

Insgesamt treten fünf Parteien zur Wahl an – darunter die amerikanischen Grünen (ca. 3 bis 5 Prozent Wählerpoten-

zial) und die mit der FDP vergleichbaren *Libertarians* (ca. 2-3 Prozent) – doch nur die zwei Volksparteien Republikaner und Demokraten haben eine Chance, einen ihrer Kandidaten durchzusetzen. Denn das Wahlsystem schreibt vor, dass in jedem der fünfzig Bundesstaaten separat gewählt wird. Der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt stets den ganzen Staat, der unterlegene Kandidat, selbst wenn er nur mit 49,9 Prozent verliert, geht komplett leer aus. *The winner takes it all.* Pro Bundesstaat gibt es eine nach Bevölkerung berechnete Wahlmännerzahl, die zudem den jeweiligen Sieger des Bundesstaates repräsentieren muss. Alle Wahlmänner kommen nach dem Wahltag im *Electoral College* zusammen. Das ist ein Wahlmännergremium. Dieses *College* wählt dann eigentlich erst den Präsidenten. In Deutschland erfüllt diese Rolle der Bundestag, der ja formal ebenfalls den Bundeskanzler wählt und nicht das Volk.

Für die amerikanischen Präsidentschaftskandidaten gilt es also, möglichst jene Bundesstaaten mit dem höchsten Wahlmänneranteil zu gewinnen – allen voran Kalifornien mit 52 Wahlmännern, um die erforderliche Mindestzahl von 270 Wahlmännern zu erreichen. Dieses k.o.-System ist es, was es anderen als den beiden Volksparteien praktisch unmöglich macht, je-

mals einen Kandidaten durchzubringen.

Bevor es zur Wahl kommt, führen die beiden Großparteien Demokraten und Republikaner einen sogenannten Vorwahlkampf durch. Anders als in Deutschland benennen nicht die Parteien ihre Kandidaten, sondern sie lassen zunächst mehrere Bewerber für dieselbe Partei zu. Nach dem basis-demokratischen Prinzip wählen dann die jeweiligen Anhänger – also nicht nur die Parteidelegierten oder Parteimitglieder (!) – einer Partei unter diesen Bewerbern den geeignetsten aus. Dieser Vorwahlkampf läuft ähnlich der Präsidentschaftswahl separat in jedem Bundesstaat. Nach spätestens vier Monaten hat sich bei den beiden Großparteien je ein Bewerber herauskristallisiert, der dann auf einem Parteitag zum offiziellen Kandidaten der jeweiligen Partei gekürt wird. Die Demokraten werden ihren Kandidaten Ende August 2008 bestimmen; die Republikaner wenige Tage später. Die eigentlichen beiden Kontrahenten haben – so die Theorie – nur knapp zwei Monate Zeit, Wahlkampf (gegeneinander) zu führen.

Sollte dieses Mal jedoch eine frühe Vorwahlentscheidung am 5. Februar 2008, dem *Super Tuesday* (Super Dienstag) in zwanzig Bundesstaaten fallen, müssen sich die USA auf einen langen Schlagabtausch zwischen Republikanern und Demokraten einstellen.

### **Die Republikaner**

Die Kandidaten der Republikaner haben keine günstigen Ausgangsbedingungen. Aufgrund des Stimmungstiefs ihres Präsidenten George W. Bush – nur 34,2 Prozent der Amerikaner begrüßen seine Politik – verfügen sie über keinen Regierungsbonus. Allerdings: Da kein Bewerber aus der Regierungsmannschaft Bushs stammt, ist auch keiner mit einem Präsidentenmalus behaftet. So kämpft jeder für sich allein. Ungünstig wirkt sich weiterhin die Zersplitterung auf neun Anwärter aus. Dadurch entsteht ein ernsthaftes Profilierungsproblem: Die Kandidaten müssen dem amerikanischen Wahlvolk erst ein-

## Kommt auch er wieder?

*Seit Juni 2007 hat das Wahlkampfteam von Hillary Clinton Hunderttausende von T-Shirts mit dem Slogan bedrucken lassen: Bill Clinton for First Lady. Es zielt humorvoll auf linksgerichtete Jungwähler, bei denen Hillary als zu korrekt und konservativ gilt, während ihr Mann Bill immer noch vom Nimbus des jugendlich-leichtsinnigen Sunnyboys zehrt. Mit dem Wink, er zöge erneut ins Weiße Haus ein, diesmal als »Erster Gatte der Nation« – bisher gab es nur First Ladies – wirbt der Slogan auf dem T-Shirt indirekt bei jenen Wählern, die den Demokraten gewogen sind, nicht aber Hillary.*

mal erklären, wer sie sind und wofür sie stehen.

Der bekannteste *Rep*-Anwärter um das Präsidentenamt ist der 63-jährige Rudy Giuliani, ehemals Bürgermeister von New York City. Er gewann landes- und weltweites Profil als Krisenmanager des Terror-Anschlages auf New York am 11. September 2001. In vielerlei Hinsicht entspricht er jedoch nicht den traditionellen Vorstellungen der Republikaner. Giuliani vertritt z.B. eine liberale Haltung gegenüber Abtreibung, hat nichts gegen gleichgeschlechtliche Ehen, ja setzt sich sogar für deren rechtliche Gleichstellung ein. Außerdem ist er Katholik, so wie einst der Vorzeigedemokrat John F. Kennedy, und spricht da-

mit keinesfalls die republikanisch-geneigten, fundamentalistischen Protestanten des Südens an. Andererseits hat er mit genau dieser »liberalen« Haltung eine höhere Chance, bei parteiungebundenen Wählern zu punkten, so, wie es einst dem Republikaner Ronald Reagan gelang. Intern liegt er mit rund 28 Prozent an der Spitze.

Obwohl er aufgrund jahrzehntelanger Präsenz in den Medien ebenfalls ein sehr bekannter Kandidat ist, werden John McCain, Senator für Arizona, schlechte Chancen eingeräumt. Der einstige Pilot und spektakuläre Kriegsgefangene in Nord-Vietnam scheiterte im Jahr 2000 schon einmal in der Vorwahl gegen George W. Bush und hat sich seither mehrfach als Wadenbeißer unbeliebt gemacht. Seine Stärke ist, dass er sich das Profil eines Freigeistes geschaffen hat, der parteiübergreifend Konflikte löst. McCain hat Anhänger beim konservativen Flügel der Demokraten, was ihn parteiintern mit nur 14 Prozent Zustimmung nicht beliebt macht. Für das allgemeine Wahlvolk gilt er aller Voraussicht nach mit 71 Jahren zudem als zu alt.

Gut in Umfragen außerhalb der Partei konnte sich der frühere Gouverneur von Arkansas, Mike Huckabee, platzieren. Elf Jahre jünger als Giuliani strahlt er mehr Dynamik aus; allerdings gilt er genauso wie sein Mitbewerber Tom Tancredo als ultrakonservativ. Sowohl Huckabee als auch der Kongressabgeordnete Tancredo glauben nicht an die Evolution, sondern daran, dass Gott vor siebentausend Jahren die Welt in sieben Tagen erschaffen hat. Mit solcherart Realitätsverweigerung mögen beide vielleicht im Vorwahlkampf die republikanischen *grassroots* – wie sie die Basis nennen – für sich gewinnen, nicht aber das aufgeklärte amerikanische Wahlvolk. Beiden Kandidaten fehlt es an individuellem Profil.

Der 59-jährige Kongressabgeordnete Duncan Hunter aus Kalifornien spielt die Karte des Regional-Patriotismus, also, dass

er (wie einst Reagan) »für« den größten Bundesstaat der USA antritt und damit besser als jeder andere die Interessen Kaliforniens als US-Präsident vertreten könnte. Dies tut er schon seit Jahren als Abgeordneter in Washington, wo er vor allem gegen die Einwanderer-»Flut« aus Lateinamerika wettet, wovon Kalifornien besonders betroffen ist. Auch stemmt es sich gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), das seiner Ansicht nach vor allem Mexikanern Vorteile einräume. Und zu guter Letzt ist er massiv gegen Abtreibung.

Mit Ron Paul aus Texas steigt ein weiterer renitenter Kongress-Abgeordneter in den Ring. Er trägt den Beinamen »Dr. No« für sein ständiges »Nein«-Sagen bei Abstimmungen. Insbesondere wendet er sich gegen Steuererhöhungen, empört sich über Verschwendung von Staatsgeldern und hat sich parteiintern viele Feinde gemacht, indem er unter Hinweis auf das derzeitige gigantische Staatsdefizit die Republikaner »anklagt«, ihre ureigensten Ideale verraten zu haben. Mit dieser Haltung wird er wohl keinen einzigen Staat gewinnen.

Der »Yankee« aus dem Norden, Mitt Romney, Ex-Gouverneur von Massachusetts, entspricht zwar überhaupt nicht dem klassischen Ideal eines republikanischen Kandidaten, aber er hat es geschafft, mehr Wahlspenden für sich aufzutreiben als Giuliani und McCain und hat auch namhafte Republikaner veranlasst, ihn öffentlich in seinem Werben zu unterstützen, darunter den einflussreichen ehemaligen Sprecher des Repräsentantenhauses, Dennis Hastert. Dies führte dazu, dass er parteiintern mit 11 Prozent auf Platz vier liegt.

Ein Überraschungskandidat ist zweifellos Fred D. Thompson, Schauspieler und einstiger Senator aus Tennessee. Nicht nur er, sondern 18,4 Prozent der Republikaner glauben an seine »späte Außenseiterchance«. Er baut auf die »Desillusionierten und Zyniker«. Und liegt damit parteiintern hinter Giuliani auf dem zweiten Platz.

Führende US-Medien sind sich allerdings einig: Sollte indes überhaupt ein Außenseiterkandidat eine reelle Chance haben, dann doch eher die Außenministerin Condoleezza Rice, die zwar mehrfach ihre Kandidatur ausgeschlossen hat, aber genauso mehrfach nachweislich in Umfragen weit vor Giuliani, McCain und anderen lag.

Nicht nur die US-Medien, sondern auch ein Großteil der Amerikaner sähen es möglicherweise am liebsten, wenn sie am 4. November 2008 die Wahl zwischen zwei Frauen hätten. Zumindest hat dies der Politik-Journalist Dick Morris bereits im Jahr 2005 in und mit seinem Buch *Condi versus Hillary* festgestellt.

### Die Demokraten

Alle Umfragen und Meinungserhebungen innerhalb und außerhalb der Partei ergeben seit Monaten ein einheitliches Bild: Mit durchschnittlich 48 Prozent Führung ist Hillary Rodham Clinton *Front-Runner* der Demokraten. Sie ist die bei weitem bekannteste aller Kandidaten. Ihr wird eine hohe Politik-Kompetenz zugetraut. Als Senatorin hat sie seit 2001 bewiesen, dass sie als Politikerin ohne ihren Mann ihren eigenen Weg gehen kann. Zwar sind über beide Clintons Hunderte von Büchern erschienen, die vornehmlich die dunklen Seiten des Ehepaares beleuchteten: von ihren problematischen Immobiliengeschäften bis hin zur Sex-Besessenheit von Bill. Die Journalistin Sally B. Smith will in ihrem neuesten Buch über die Clintons indes nachweisen, dass diese (oft ungeklärten) Affären acht Jahre nach dem Ende der Amtszeit Bill Clintons in der Öffentlichkeit nur noch als »national soap operas« angesehen werden. Hillary Clinton gilt dem Mann auf der Straße als klug, ausgebufft, und hart. Sie entspricht damit dem Führungsanspruch, den Amerikaner an ihren Präsidenten stellen. Allerdings ist Hillary genau deshalb

unter der schwarz-amerikanischen Bevölkerung unbeliebt. Dort hat sie überwiegend ein »Christiansen-Image«: das einer Frau mit dem Charme von Schleiflackmöbeln, unnahbar und unmenschlich. Die afro-amerikanischen Wähler waren bisher unverzichtbare Stammwähler der Demokraten! Ob dies so bleibt?

Scheinbar gut im Rennen platziert hat sich mit seiner sehr frühen Kandidatur der Senator von Illinois, Barack Obama. Der 46-jährige Sohn eines kenianischen Vaters und einer US-amerikanischen Mutter verkörpert »America at its best«: echtes Multi-Kulti und den Nachweis der Chancengleichheit aller Einwanderer. Zudem wirkt er als einziger Kandidat jung-dynamisch und mit frischem Drive. Doch diese medienwirksamen Attribute reichen für den Einzug ins Weiße Haus möglicherweise nicht aus. Obama fehlt der Nachweis an politischer Kompetenz. Deshalb lag er parteiintern im Dezember mit nur 18 bis 21 Prozent um mehr als die Hälfte hinter Hillary. Allerdings wäre er ein idealer Kandidat für das Vize-Präsidentenamt und könnte damit Hillary jene Stimmen unter den Afro-Amerikanern bringen, die sie selbst nicht in der Lage ist, zu holen. Die beliebte schwarze Fernseh-Moderatorin Oprah Winfrey hat ihre Unterstützung für Obama schon bekannt gegeben.

Mit abgeschlagenen 13 Prozent an Zustimmung liegt der ehemalige Senator von North Carolina, John Edwards, an dritter Stelle. Er versucht zum wiederholten Mal für die Demokraten ins Weiße Haus zu ziehen. Doch sein einstiger größter Pluspunkt, seine »Kennedy-hafte Jugendlichkeit« ist inzwischen in die Jahre gekommen. Edwards versuchte sich bisher mit seinem hohen, ernsthaften Engagement für die Armen und bildungsmäßig Zurückgebliebenen zu profilieren. Doch mit dieser »Gut-Mensch«-Attitüde konnte er noch nicht einmal in der eigenen Partei über den Süden hinaus punkten. Nach dem abzusehenden Scheitern in der Vorwahl

dürften Edwards hochfliegende Pläne endgültig ausgeträumt sein, es sei denn, Obama und Hillary gerieten aneinander und er bliebe als Ersatz-Lösung für die Kandidatur des Vize-Präsidenten übrig. Außerdem hat ein führendes Meinungsforschungsinstitut, der *Rasmussen Report*, festgestellt, dass Edwards und Clinton inhaltlich von Wählern oft gleich bewertet werden und insofern ein »gutes Match« wären.

Weitere ehrenwerte, wenngleich völlig aussichtslose Kandidaten sind: Senator Joe Biden. Er gilt als Lieblingskandidat der amerikanischen Dachgewerkschaft AFL-CIO. Ex-Senator Mike Gravel macht sich für mehr »Direkt-Demokratie« sowie den Total-Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak stark, ist aber außerhalb von Massachusetts weitgehend unbekannt. Dennis Kucinich aus Ohio versucht es wie Edward ebenfalls zum wiederholten Male, gilt aber aufgrund seiner knöchernen Art als »un-charismatisch«. Er erhielt 2003 den »Ghandi-Friedenspreis«, was ihm im Rennen um das Präsidentenamt nun zum Nachteil gereicht. Die Mehrheit der Amerikaner will keinen Carter-ähnlichen Friedensapostel an der Staatsspitze. Aus New Mexico bewirbt sich der einstige UNO-Diplomat und derzeitige Gouverneur Bill Richardson, der glaubt, als Hispano-Amerikaner unter Einwanderern auf große Sympathie zu stoßen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die führenden Meinungsumfragen, darunter die des renommierten »Rasmussen Reports«, zu dem Schluss kommen: Den Demokraten wird generell zugetraut, eine bessere Politik zu machen als die Republikaner. Unter Wählern bis 30 Jahren schneiden die Republikaner besonders schlecht ab. Die Demokraten dominieren die Republikaner in der Wählergunst derzeit dermaßen, dass selbst der zweite Kandidat nach Hillary, Barack Obama, noch 5 Prozent mehr an Umfragezustimmung erhält als Giuliani, der erste unter den Republikanern.